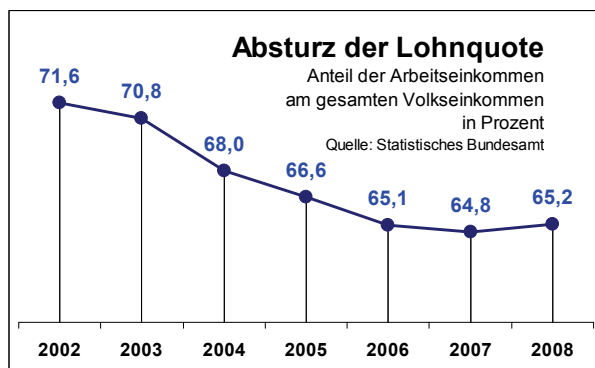


Argument des Tages Nr. 2

Rückenwind aus Paris - OECD bestätigt DIE LINKE

„Soziale Ungleichheit in Deutschland wächst rasant.“ So bilanziert der SPIEGEL die neue Studie der OECD, des Clubs der Industriestaaten mit Sitz in Paris. Was DIE LINKE sagt, bekräftigt die OECD, ein unerwarteter Zeuge, mit eindeutigen Zahlen.

Für die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich werden vor allem zwei Gründe genannt. Seit 2000 sind die Beschäftigten vom Wirtschaftswachstum abgekoppelt. Preisbereinigt sind die Löhne kaum gestiegen. Fast alles, was zusätzlich erwirtschaftet wurde, landete bei den Unternehmern und Aktionären. Entsprechend ist der Anteil der Arbeitseinkommen am gesamten Volkseinkommen abgestürzt (siehe Grafik). Hinzu kommt, für manche überraschend: Die Belastung mit Steuern und Abgaben ist in Deutschland extrem ungerecht. Denn einkommensstarke Haushalte zahlen prozentual nicht mehr an den Staat als Geringverdiener.



Die Schlussfolgerungen liegen eigentlich auf der Hand: die Verteilung von Vermögen und Einkommen grundlegend korrigieren, steigende Löhne statt Dividenden, Abschaffung von Hartz IV und ein gerechteres System von Steuern und Abgaben. Doch genau das wollen andere Parteien vermeiden, vor allem CDU/CSU und FDP. Nicht über Gerechtigkeit reden, nicht über oben und unten, sondern über die „Gier des Staates“, über die „unzumutbare Steuerlast des Bürgers“.

Dabei erscheint aktuell die Union wie ein zerstrittener Haufen, der jeden Tag neue Steuervorschläge produziert. Tatsächlich aber geht

es wohl eher um taktische Differenzen. Wie glaubwürdig ist die Ankündigung von Steuersenkungen, wenn gleichzeitig die Steuerschätzer berichten, dass die Einnahmen des Staates dramatisch einbrechen? Inwieweit erinnern sich die Bürgerinnen und Bürger noch an die lange Serie von Steuerlügen von Kohl bis Merkel? Können CDU und CSU also mehr oder weniger Demagogie wagen?

In der Falle der steuerpolitischen Glaubwürdigkeit steckt auch die SPD, die jetzt wieder ihr soziales Gewissen entdeckt. Zu Recht hatte sie im Wahlkampf 2005 gesagt, dass die Konsumenten mehr Geld in der Tasche brauchen. Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer, forderten also die Sozialdemokraten, während die CDU von zwei Prozent Aufschlag sprach. Dann erlebte das Volk die Rechenkünste von Merkel und Steinbrück. Aus Null plus Zwei wurden Drei. Als die Große Koalition mit dieser Mathematik der besonderen Art begann, rieb sich mancher verwundert die Augen. Und kurze Zeit später zeigte sich die ganze Heuchelei. Denn die seit 2007 auf 19 Prozent erhöhte Mehrwertsteuer hatte ein Jahr später einen lachenden Dritten – die Unternehmen, deren Steuerlast Finanzminister Steinbrück um rund zehn Milliarden Euro senkte.

Wer über Steuern spricht, darf über Gerechtigkeit nicht schweigen. Das gilt ganz besonders für die seit fast elf Jahren regierende SPD.

Was sie jetzt fordert, etwa die Börsenumsatzsteuer oder höhere Steuern für Reiche, hätte sie längst verwirklichen können. Getan hat die SPD das Gegenteil. Und wer eine Koalition mit der FDP anstrebt, wird nach einem linken Wahlkampf wiederum auf dem falschen Kurs bleiben.

Nur DIE LINKE steht verlässlich für Gerechtigkeit. Konsequenz sozial, auch bei den Steuern: untere Einkommen entlasten, Spitzenverdiener stärker belasten, Millionärssteuer einführen.

Redaktionsschluss: 13. Mai 2009

DIE LINKE.

DIE LINKE - WahlQuartier

Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 009 999 · Telefax: 030/24 110 46
wahlquartier@die-linke.de · www.die-linke.de